



Der bestehende Abschnitt des Seeuferwegs zwischen Horgen und Wädenswil ist sehr beliebt. Nun fordern SP und EVP einen durchgehenden Weg um den See. (Reto Schneider)

Seeuferweg SP-Exponenten fordern die EVP mit eigener Volksinitiative heraus

Nach EVP will auch SP Uferweg

Durchgehende Uferwege möglichst nahe am Wasser – diesen Passus will die EVP in der Verfassung verankern. Weil das der SP zu wenig verbindlich ist, lanciert sie eine eigene Volksinitiative.

Seraina Sattler

Vergangenen Herbst hat der Zürcher Kantonsrat entschieden, einen ufernahen Spazierweg um den Zürichsee aus dem Richtplan zu kippen. Der Entscheid hat Bewegung in das Thema Seeuferweg gebracht: Anfang Februar wurde bekannt, dass die EVP-Spitze eine Volksinitiative lancieren will. Folgenden Passus will sie in der Kantonsverfassung verankern: «Der Kanton sorgt für durchgehende Uferwege rund um die Zürcher Seen und entlang der Zürcher Flüsse. Sie sind unter Berücksichtigung des Natur- und

Landschaftsschutzes möglichst nahe am Wasser zu führen.» Morgen Samstag entscheiden die EVP-Delegierten, ob sie die von der Parteileitung vorgeschlagene Volksinitiative tatsächlich lancieren.

Nun bekommt die EVP Konkurrenz von der SP: Vier Kantonsräte, darunter Julia Gerber Rüegg aus Wädenswil und Peter Schulthess aus Stäfa, haben ebenfalls eine kantonale Seeuferweg-Initiative aufgelegt. Die Zürcher SP-Sektionen aus Stadtkreisen mit Seeanstoss und die SP Meilen haben bereits beschlossen, die Initiative zu unterstützen, die SP Horgen wird aller Voraussicht nach nächste Woche folgen.

SP: Verbindlicher Zeitrahmen

Hanspeter Göldi, Präsident der SP Bezirk Meilen, begründet die SP-Initiative: «Was die EVP macht, ist schön und gut, aber in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ein solcher Eintrag ohne verbindlichen Auftrag nicht reicht.» Tatsächlich ist in den regionalen Richtplänen Pfannenstiel und Zimmerberg seit Jahrzehnten ein durchgehender Ufer-

weg eingezeichnet, doch die Umsetzung des Spazierweges kommt kaum voran. Nach dem Entscheid des Kantonsrates ist auch unklar, ob der Weg überhaupt in den regionalen Richtplänen eingezeichnet bleiben wird.

Deshalb wollen die See-Sektionen der SP ebenfalls das Volk über einen Uferweg abstimmen lassen. Inhaltlich unterscheidet sich die «rote» Initiative kaum von ihrem Pendant der Evangelischen Volkspartei. Doch die Sozialdemokraten wollen den Zürichseeuferweg im Strassengesetz festschreiben und mit einem verbindlichen Zeitrahmen versehen: Acht Jahre nach Annahme ihrer Initiative müsste der Uferweg erstellt werden. Würde der Fussweg tatsächlich im Strassengesetz stehen, müsste er aus dem gleichen Fonds finanziert werden wie alle Staatsstrassen.

EVP: Bewusst offen formuliert

Anders als die EVP, die den Initiativtext laut Präsident Johannes Zollinger aus Wädenswil bewusst offen und wenig konkret formuliert hat, verhehlt die

SP nicht, dass sie vor den Villen der Reichen durchspazieren möchte. «Auf Konzessionsland soll der Weg ohne grosse Entschädigungen durchgesetzt werden», sagt Hanspeter Göldi. Nur der Schutz der Natur rechtfertigt an bestimmten Stellen eine Wegführung nicht direkt am Ufer. «Wir wollen niemandem etwas wegnehmen», ist hingegen die Haltung von Zollinger. Der vorgeschlagene Text ohne konkrete Vorgaben verhindere, dass die EVP-Initiative von vornherein vehement bekämpft werde. «Wir werden das Gespräch mit den Grundeigentümern suchen.»

Die EVP-Delegierten entscheiden am Samstag über die Lancierung ihrer Initiative, die SP Meilen lässt zurzeit den genauen Wortlaut ihres Begehrens von Anwälten prüfen. Anfang Mai soll mit dem Sammeln der nötigen 6000 Unterschriften begonnen werden. Auf nationaler Ebene bereitet der Verein Rives Publique ebenfalls eine Volksinitiative vor, die durchgehende Seeuferwege fordert.